

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Agrarpreise - Mehrwertsteuersätze - EG
- Uruguay-Runde - Schuldenerlaß**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1991) : Kurz kommentiert: Agrarpreise - Mehrwertsteuersätze - EG - Uruguay-Runde - Schuldenerlaß, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 71, Iss. 6, pp. 273-274

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136762>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Agrarpreise Unbefriedigende Lösung

Nach mehrmonatigen überaus kontroversen Verhandlungen einigten sich die EG-Landwirtschaftsminister in der letzten Maiwoche auf das Agrarpreispaket für das Wirtschaftsjahr 1991/92. Das Ergebnis kann jedoch nicht befriedigen. Zwar wird entgegen ursprünglichen Befürchtungen die „Leitlinie“ für die landwirtschaftlichen Ausgaben der Gemeinschaft möglicherweise doch eingehalten, wenn die Dollarkursentwicklung „günstig“ bleibt. Die Kommission mußte aber erhebliche Abstriche bei ihren Vorschlägen – vom deutschen Agrarminister als „Schreckensperspektive“ charakterisiert – hinnehmen. Ihr zweckmäßiges Konzept, die ausufernde Agrarproduktion von der Preisseite her einzudämmen, wurde weitgehend durchkreuzt: Geforderte Preissenkungen wurden deutlich verringert, abgelehnt oder sollen durch Kompensationszahlungen, die den Steuerzahler teuer zu stehen kommen, ausgeglichen werden.

Der Weg der EG-Agrarminister, die Überschußproduktion zunehmend im Wege der Mengenbeschränkung zu bekämpfen, ist ordnungspolitisch nicht akzeptabel und beeinträchtigt die Faktorallokation. Künstlich hochgehaltene Preise dürften bei vielen Produkten negative Auswirkungen auf die Nachfrage haben. Sie wird sich zudem um die Verwendung von Ersatzstoffen bemühen. Daher ist zu verstehen, daß von bäuerlicher Seite heftig gegen die Genehmigung von Milchimitaten, Sojzusätzen bei der Wurst etc. gekämpft wurde. Zu hoffen ist, daß sich schließlich doch der Weg der Vernunft durchsetzt und dem Preis wieder eine stärkere Signalfunktion auf den Agrarmärkten zukommt. Gleichzeitig muß man dem „landschaftsschützenden“ Beitrag der Bauern gerecht werden. kr

Mehrwertsteuersätze Einigung dringend nötig

Die EG-Kommission drängt angesichts des näher-rückenden „Binnenmarkttermins“ auf eine rasche Lösung noch offener Fragen der Steuerharmonisierung. Bei der Mehrwertsteuer hat man sich auf eine vierjährige Übergangsregelung ab 1993 geeinigt. Danach wird es für die meisten grenzüberschreitenden Transaktionen zwischen den EG-Ländern noch keinen wirklichen Binnenmarkt geben: Für kommerzielle Transaktionen wird die Besteuerung nach dem Bestimmungslandprinzip beibehalten. Neu ist die Verlagerung der Kontrollen von den Gren-

zen ins Inland. Dafür muß aber ein kostspieliger und komplizierter Kontroll- und Überwachungsapparat eingeführt werden – St. Bürokratiens läßt grüßen!

Offen ist noch die Höhe der Mehrwertsteuersätze. Gute Chancen werden einem Mindestsatz von 15% eingeräumt, wie ihn die luxemburgische Präsidentschaft für den Normalsatz vorschlug. Daneben dürfte es für eine Reihe von Gütern und Dienstleistungen ein oder zwei ermäßigte Sätze von mindestens 5% geben. Während der Übergangszeit können wohl auch einige bestehende Sätze unterhalb dieser Grenze weitergeführt werden.

Die Dringlichkeit einer Einigung über die Mehrwertsteuersätze ergibt sich vor allem daraus, daß für Privathaushalte ab 1993 ein wirklicher Binnenmarkt entsteht. So können Reisende dann Waren freizügig ohne Wert- und Mengenbegrenzung über die Grenze verbringen, wobei die Waren mit der Mehrwertsteuer des Kauflandes belastet bleiben. Aus Wettbewerbsgründen werden Länder mit hohen Sätzen zu große Steuersatzdifferenzen nicht hinnehmen; sie fordern daher einen für sie akzeptablen Mindestsatz. Bei einem solchen Mindestsatz wird in einem Suchprozeß zumindest partiell getestet, ob das bestehende Steuergefälle zwischen den Ländern vertretbar ist. hk

EG

Neue industriepolitische Akzente?

Seit der Berufung von Edith Cresson an die Spitze der französischen Regierung steht die Industriepolitik der EG wieder im Blickpunkt des öffentlichen Interesses. Im November vergangenen Jahres hatte die Europäische Kommission hier in einem Grundsatzpapier betont marktwirtschaftliche Akzente gesetzt und diese Linie im wesentlichen auch beibehalten, als es im April um die konkrete Anwendung auf den Elektronik- und Informatiksektor ging: die Rahmenbedingungen sollen verbessert, d.h. Steuern gesenkt, Reglementierungen abgebaut und Märkte geöffnet werden. Für Edith Cresson kann das nicht alles sein. Sie verlangt eine „dringende Anstrengung“, um die Zukunft von „Schlüsselsektoren“ zu sichern: „So wie die Gründungsväter vor 40 Jahren die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl geschaffen haben, brauchen wir heute eine Gemeinschaft für Elektronik.“ Wie diese Gemeinschaft konkret aussehen soll, verrät die neue Regierungschefin allerdings noch nicht; ihre Angriffslust richtet sich zunächst gegen Japan, das sie mit den üblichen Vorwürfen überschüttet: Dumping, hermetische Abriegelung des Binnenmarktes und ein „überwältigender Wunsch“, die Welt zu erobern.

Die eigentliche Auseinandersetzung wird indessen innerhalb der EG selbst stattfinden. Hier sieht sich die liberale Troika der Kommissare – und Vizepräsidenten – Andriessen (Außenbeziehungen), Bangemann (Binnenmarkt) und Brittan (Wettbewerb) dem Vorwurf wachsender Eigenmächtigkeit ausgesetzt, so etwa in den bilateralen Verhandlungen mit Japan und in der Uruguay-Runde des GATT. Frau Cresson wird versuchen, die Gewichte wieder zugunsten des Ministerrates zu verschieben. Dabei kann sie sich insbesondere der Unterstützung von italienischer Seite sicher sein, die z.B. seit einiger Zeit die Schaffung eines eigenen Handelsministerrates fordert. Es darf jedoch bezweifelt werden, daß es ihr gelingt, die Minister auf eine protektionistisch-interventionistische Linie in der Industriepolitik einzuschwören. Immerhin hat der Ministerrat seinerzeit die liberale Marschroute der Kommission gebilligt, und nach einigen negativen Erfahrungen hat die Neigung, nationale und europäische „Champions“ heranzuzüchten, spürbar nachgelassen.

ko

Uruguay-Runde

EG-Agrarreform entscheidend

Ende Mai hat der amerikanische Kongreß grünes Licht für die Fortsetzung der Uruguay-Runde des GATT gegeben, indem er die „fast-track procedure“ um zwei Jahre verlängerte; dieses Verfahren soll verhindern, daß Interessengruppen eine Lawine von Änderungswünschen los-treten und so das Verhandlungsergebnis verwässern, was wiederum die Konzessionsbereitschaft der übrigen Verhandlungsteilnehmer entscheidend mindert. Eine Woche später haben die zuständigen Minister der OECD-Länder auf ihrer Jahrestagung in Paris der Uruguay-Runde „höchste Priorität auf der Tagesordnung der internationalen Wirtschaftspolitik“ eingeräumt. Der bevorstehende Weltwirtschaftsgipfel in London bietet eine weitere Gelegenheit, die Verhandlungen, die dieses Mal ohne Zieldatum wieder aufgenommen wurden, „anzuschieben“ und aus möglichen Sackgassen herauszuführen. Geht es nach den Amerikanern, so sollen bereits Ende Juli Abkommensentwürfe zu den Hauptthemen vorliegen. Die EG drängt auf einen Abschluß zum Jahresende.

Entscheidend dürfte sein, wie schnell die EG mit ihrer Agrarreform vorankommt, und wieviel Geduld ihre Gegenspieler in dieser Frage aufzubringen bereit sind. Bisher ist der Reformprozeß eher enttäuschend verlaufen; der Versuch einer Kombination aus hohem Preisniveau und Produktionskontrollen, Stilllegungsprämien usw. verspricht entschieden weniger Erfolg als die Alternative radikaler Preissenkungen mit ausgleichenden Einkom-

menthilfen. Gleichzeitig nimmt der interne Druck auf die Agrarpolitiker weiter zu. Die Belastung der Steuerzahler und Verbraucher durch die Gemeinsame Agrarpolitik belief sich 1990 bereits auf 120 Mrd. Dollar. Angesichts dieser gewaltigen Kosten täte sich die Gemeinschaft auch selbst einen Gefallen, wenn sie in der Uruguay-Runde bald ein substantielles „Agraropfer“ brächte. Sie würde damit den Weg für wesentliche Verbesserungen der Welthandelsordnung freimachen, die auch europäischen Anbietern von Gütern und Dienstleistungen neue Exportchancen eröffneten.

gk

Schuldenerlaß

Wenig Wirkung auf die Umwelt

Wo täglich Menschen verhungern, habe der Umweltschutz verständlicherweise keine große Priorität. Dies erklärte Bundesentwicklungsminister Carl-Dietrich Spranger anläßlich des Tages der Umwelt und bekundete die Absicht, für die anstehende Überzeugungsarbeit zukünftig verstärkt auch das Instrument des Schuldenerlasses einzusetzen. Gemeint ist hier ein Tausch von Schulden gegen Umweltschutzmaßnahmen, wie er seit 1987 mehrfach von privaten Organisationen mit Tropenwaldländern ausgehandelt wurde (Debt-for-Nature Swaps). Die Initiatoren sind daran interessiert, für Schulden, die meist zu einem Bruchteil des Nominalwertes erstanden wurden, inländische Währung billig zu erhalten, die sie entweder selbst zum Schutze der Natur einsetzen oder von der Regierung des betroffenen Landes dafür verwendet sehen wollen. Für das Schuldnerland hängt die Vorteilhaftigkeit eines solchen Tauschhandels zum einen davon ab, wie stark der interne und externe Druck zur Reduzierung der Schulden und der Umweltbelastung ist und wie hoch der Preis der geforderten Maßnahmen ausfällt. Andererseits werden die Regierungen dieser Länder nicht den Ersatz von anderen Entwicklungshilfeleistungen durch konditionalen Schuldenerlaß wünschen.

Solange aber der Umfang der gehandelten Beträge relativ gering ausfiel und der Einsatz des Auslandes als eindeutig zusätzlich wahrgenommen wurde, hat diese Art Tauschhandel zwar nur unerheblich zur Bewältigung des Schuldenproblems, jedoch in eindrucksvoller Weise zur Bewußtwerdung der fortschreitenden Naturzerstörung in Entwicklungsländern beigetragen. Hauptfrage bleibt allerdings, inwieweit die eigentlichen Ursachen der Umweltbelastungen und Naturvernichtung in den Entwicklungsländern von den geplanten Maßnahmen berührt werden. Die Antwort darauf könnte vielleicht zu der Formel „Schuldenerlaß für Landreformen, effektivere Bevölkerungspolitik und Demokratisierung“ führen.

kw